

## **Fragen an die Kandidat\*innen für die OB-Wahl: Die Antworten von Tobias Wiesemann**

**Seit dem Oktober 2019 gibt es den Inklusionsbeirat der Stadt Kaiserslautern. Was wissen Sie über uns und unsere Aufgaben?**

**zu Frage 1:**

Bereits in der Stadtratssitzung am 30.04.2018 hat die Fraktion DIE GRÜNEN als Teil der damaligen Koalition den Antrag gestellt, "Einrichtung eines Inklusionsbeirats für Kaiserslautern". Diesen Antrag habe ich damals ausgearbeitet und eine Mehrheit in der Abstimmung organisiert.

Der Inklusionsbeirat soll Hilfestellung leisten, um das Leben von Menschen mit Behinderungen in Kaiserslautern zu verbessern. Der Beirat soll Hilfe zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des erarbeiteten Aktionsplans in der alltäglichen Praxis geben. Darüber hinaus ist es Ziel, Verwaltungshandeln aus Inklusionssicht zu kontrollieren und etwaige Probleme zu kommunizieren, Problemfelder aufzudecken, sowie z. B. auch Bebauungspläne aus Inklusionssicht überprüfen und als Fachgremium den Entscheidungsträgern die notwendige Hilfestellung geben, damit diese sachgerechte Entscheidungen treffen können. Die Konstituierung eines Inklusionsbeirats war Teil des „Aktionsplans Inklusion – für Kaiserslautern“.

**Was wissen Sie über den Aktionsplan?**

**Frage 2:**

Es gab ein Projektforum – INKLUSION AUF DEM WEG. KAISERSLAUTERN INKLUSIV hat viele Menschen gefragt, wie es ihnen in Kaiserslautern geht, und in den Themen Wohnung, Arbeit, Bildung und Freizeit, Arbeitsgruppen gebildet, um zu besprechen, was besser gemacht werden kann. Im September 2017 wurde der Aktionsplan INKLUSIV FÜR KAISERSLAUTERN zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Mit dem Aktionsplan und dem Entwicklungsprozess wollte man in Richtung Inklusion und Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Kaiserslautern vorankommen. Leider brauchen wir dafür noch einen langen Atem.

**In der Satzung des Inklusionsbeirats steht, dass dieser darauf zu achten hat, dass der Aktionsplan sowie die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Kaiserslautern adäquat umgesetzt werden. Wissen Sie welche Rechte beeinträchtigter Menschen in der UN-BRK verankert sind? Welche Rechte bereits in Bundes- und Landesgesetze umgesetzt wurden?**

**Frage 3:**

Die für Deutschland verbindliche Konvention enthält Prinzipien (zum Beispiel Nicht-Diskriminierung, Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Inklusion), Verpflichtungen (zum Beispiel Partizipation, Bewusstseinsbildung, Zugänglichkeit) und Einzelrechte (bürgerliche und politische sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte). Ziel der Konvention ist der volle und gleichberechtigte Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen.

Es sind in allen Bundesländern Aktionspläne erstellt, die nach und nach umgesetzt werden, auch in Rheinland Pfalz. Beim herunterbrechen auf die kommunale Ebene und insbesondere bei der Finanzierung ist noch Luft nach oben, um es vorsichtig auszudrücken. Dadurch ist die Umsetzung

schwierig. Beim ÖPNV und bei Behördenzugängen sowie im Neubaubereich, aber auch bei der Entwicklung von öffentlichen Dokumenten ist aber eine spürbare Verbesserung erfolgt. Ebenso bei der Bildungsteilnahme hat es deutliche Verbesserungen gegeben.

**Beim Thema Inklusion und Barrierefreiheit gibt es noch einiges zu tun. Barrierefreiheit im ÖPNV ist zum Beispiel mittlerweile gesetzlich verankert. Es hapert aber bei der Umsetzung. Ähnliches gilt für die Zugänglichkeit und Nutzung öffentlicher Räume und Einrichtungen. Welchen Stellenwert haben für Sie diese Themen und bis zu welchem Zeitraum können wir mit einer Umsetzung einer weitgehenden Barrierefreiheit im Verantwortungsbereich der Stadt Kaiserslautern rechnen?**

**Frage 4:**

In Sachen Barrierefreiheit im Verantwortungsbereich der Stadt ist in der Tat noch viel zu tun.

Ich werde mich dafür einsetzen, in Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeirat dessen Ideen und Wünsche umzusetzen. Insbesondere ist eine Anpassung der Schulbauleitlinien von zentraler Bedeutung. Über die Barrierefreiheit hinaus sind künftig auch besonders räumliche Bedarfe des inklusiven Unterrichts zu berücksichtigen. Dazu gehören angemessene Räumlichkeiten für die Aufteilung in kleine Lerngruppen und für die Versorgung pflegebedürftiger Schülerinnen und Schüler.

Ein exaktes Zeitfenster kann ich leider nicht versprechen, nur mein möglichstes tun. Die Finanzierung ist leider unklar, aber ich werde um diese kämpfen. Mit der Lebenshilfe haben wir in Kaiserslautern einen starken Partner, der uns bei diesem Einsatz hilft.

**Menschen mit Beeinträchtigung, die in den vielen Fällen auf Sozialleistungen angewiesen sind, finden in Kaiserslautern sehr schwer für sie finanzierbaren Wohnraum. Wie werden Sie dieses Problem angehen?**

**Frage 5:**

Ich habe vor, unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft (Bau AG) mehr einzubinden, finanzierbaren Wohnraum anzubieten. Hierfür muss die Stadt der Bau AG endlich adäquate Grundstücke zur Verfügung stellen, um neue Sozialwohnungen zu errichten. Ein ausreichender Bestand aus barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen ist mir sehr wichtig. Deswegen haben wir von Seiten der Grünen Sozialraumquoten in allen neuen Bebauungsplänen und bei den großen neuen Quartieren beantragt und zusammen mit den Partnern im Rat durchgestimmt. Hierfür sind wir den Partnern aus den demokratischen Parteien, die hier zugestimmt haben, sehr dankbar. Diese Aufgabe ist nur gemeinsam zu lösen. Durch die aktuelle Landesbauordnung wird bei Neubauten eine beträchtliche Anzahl barrierefreier Wohnungen gleich mit gebaut. Insofern ist hier mittelfristig mit einer Verbesserung zu rechnen. Bei drei Wohnungen in einem Gebäude muss eine barrierefrei erstellt werden. das wird von der Verwaltung auch gut kontrolliert.

**Was werden Sie dafür tun, dass die Bedarfe beeinträchtigter Menschen in der Verkehrs- und Stadtplanung berücksichtigt und mitgedacht werden?**

**Frage 6:**

Ich setze mich dafür ein, dass Kaiserslautern immer weiter zu einer lebendigen, durchmischten, offenen und barrierefreien Stadt wird. Quartiere der kurzen Wege ist seit jeher das Grüne Leitbild.

Wohnen und Arbeiten wollen wir näher zusammenführen. Das Schlagwort ist hier „Stadt der kurzen Wege“ Zudem erarbeiten wir auf Grünen Antrag hin gerade ein neues Nahverkehrskonzept.

Ausdrückliches Ziel ist es, Menschen, die nicht Autofahren können oder wollen, eine gute öffentliche Mobilität zu ermöglichen. Deutlich bessere Taktung, auch in die Stadtteile, bessere Orientierung durch klare Routenführung (eine Buslinie - eine Route, hin wie zurück ...), barrierefreier Zugang zu den Bussen, barrierefreie Umgestaltung Stadtmitte mit guten Umstiegsmöglichkeiten...da sind wir aktiv dran. Auf Grünen Antrag wird in diesem Jahr das INSEK (integrierte Nachhaltige Stadtentwicklungskonzept) erarbeitet. Bei diesem werden alle gebeten mitzuarbeiten und die wichtigen eigenen Belange einzubinden. Selbstverständlich soll dieses Konzept der Durchführungsplan werden, an dem entlang wir dann die Barrierefreiheit in der Stadt nachhaltig umsetzen.

**Bei der Begehung/Berollung des Rathauses zur Überprüfung der Barrierefreiheit wurde festgestellt, dass ausgerechnet das Referat Soziales, das wichtiger Anlaufpunkt zur Beratung und Antragstellung ist, das Gebäude mit den meisten Barrieren ist. Wie wollen Sie dieses Problem lösen und bis wann?**

**Frage 7:**

Von dieser Tatsache habe ich bei Feststellung in der Tagespresse gelesen. Das hat mich betroffen gemacht. Dass das Problem noch nicht gelöst ist, ist aus meiner Sicht schnellstmöglich zu ändern. Als Zeithorizont sehe ich ein Jahr nach Amtsantritt an.

**Ein wichtiger Punkt im Umgang mit beeinträchtigten Menschen und dem Erkennen von Barrieren ist Sensibilisierung. Was werden Sie tun um in der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und bei politischen Entscheidungsträger\*innen ein höheres Maß an Bewusstsein für die Bedarfe beeinträchtigter Menschen zu erreichen?**

**Frage 8:**

Ich werde versuchen, die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen zu sensibilisieren und klarmachen, dass eine vorausschauende Politik eine zukunftsorientierte Politik bedeutet und, dass Menschen mit Behinderungen mit ihren Fähigkeiten und Ressourcen zu dieser Gesellschaft beitragen. Wichtig ist für mich dabei klar zu kommunizieren, dass wir alle Menschen mit Beeinträchtigung sind. Das klingt auf das erste Hören vielleicht etwas ungewohnt. Aber sind wir mal ehrlich: Auch wir gesunden hätten ohne die Gemeinschaft in unseren Breiten überhaupt keine Chance den ersten Winter zu überleben. Wir kommen schutzlos auf diese Welt. Der Unterschied zwischen sogenannten Behinderten und sogenannten nicht – behinderten ist also gar nicht so groß:

Im Grunde sind wir alle Menschen, die, wenn sie in der Gemeinschaft angekommen und angenommen sind, einen wichtigen, schönen Beitrag für die Gemeinschaft leisten können und, um lebensfähig zu sein, insbesondere im Wohlstand, der Gemeinschaft bedürfen. Es geht nur darum, dass wir unsere Gemeinschaft so organisieren, dass eben möglichst alle möglichst einfach zusammen zurecht kommen können. Da Gruppen auszuschließen ergibt keinen Sinn, ist dumm und schwächt die Gemeinschaft: Sie verliert etwas von dem, was sie am schönsten und eben auch am stabilsten Macht: Die Sorge füreinander. Ich denke, wenn wir uns dies bewusst machen und klar, auch von der Stadtspitze her kommunizieren, dann werden wir langsam ein Verständnis auf Augenhöhe und auch eine entsprechende Kommunikation entwickeln.

**Partizipation ist ein Menschenrecht. Wie stehen Sie persönlich dazu und wie haben Sie vor das Recht auf Partizipation von Privatpersonen in allen Lebensbereichen in der Stadt**

**umzusetzen? (Dazu zählt nämlich auch gegen Diskriminierungen vorzugehen. Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (aggl) schützt vor Diskriminierung durch Privatpersonen etwa im Arbeitsleben oder bei der Wohnungssuche.)**

**Frage 9:**

Eine sehr komplexe Frage, die einer vielschichtigen Antwort bedarf, die ich versuche möglichst knapp zu formulieren. Zunächst ein Mal möchte ich klarstellen: Es ist nicht das Gesetz, welches schützt. Menschen schützen Menschen, ganz real. Das Gesetz ist ein Stück Papier mit Buchstaben drauf, welches entstanden ist, weil Menschen andere Menschen eben leider nicht geschützt haben. Mit dem Gesetz können wir jetzt Menschen mittels Obrigkeitengewalt zwingen, Menschenrecht zu achten. Das ist aus meiner Sicht absolut richtig und leider auch notwendig, aber immer nur der zweitbeste Weg und in vielen Fällen der Alltagsdiskriminierung auch nicht anwendbar.

Das Grundproblem sehe ich darin, dass wir als Gemeinschaft immer noch ein ganzes Stück weit patriarchal sozialisiert sind. Unser emotionales Korsett ist durch den Glauben an Hierarchien geprägt worden. Wir assoziieren mit einem Parameter wie zum Beispiel „schnell“ (also körperlich leistungsfähig) auch gleichzeitig „besser“. Dabei ist schnell nur schnell. Die Bewertung findet in uns innen drin statt. Gesellschaft und Gemeinschaft funktioniert nur dann, wenn sich diese inneren Bewertungsmuster ähneln. Ansonsten driftet Gemeinschaft auseinander und endet in Gewalt und Krieg. Da wir (siehe oben) auf funktionierende Gemeinschaft als ausgesprochen verletzbare Wesen angewiesen sind, schafft es bei jedem Individuum große Verunsicherung, wenn solche Konditionierungen umgelernt werden sollen. Die Gefahr, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden, weckt in uns existenzielle Ängste. Selbst wenn, bei Lichte betrachtet, wir es als Diskriminierende die sind, die eigentlich ausschließen. Aber das wird so nicht wahrgenommen.

Damit meine ich die Diskriminierung, die mit so einem Satz beginnt wie: Ich hab ja nichts gegen Juden/Behinderte/Ausländer/Homosexuelle,... ABER! ...Diese Menschen sind in ihrer Selbstwahrnehmung durchaus keine Rassisten. Sie als solche zu stigmatisieren schafft damit keinen Einstieg in eine Deeskalation, sondern verhärtet die Fronten. Hier sind wir aus meiner Sicht eingeladen, sehr sensibel miteinander umzugehen und zu verstehen, dass Vorwürfe Vorurteile verfestigen können. Wir sollten aufpassen, dass nicht wir zu Menschen werden, die dann wieder selber diskriminieren. Aus meiner Sicht könnte ein empathische Antwort zum Beispiel sein: „es ist schön, dass Sie sich nicht als diskriminierender Mensch wahrnehmen, aber wenn Sie über Behinderte sagen dass....können Sie sich nicht vorstellen, dass Betroffene sich dann diskriminiert fühlen?“ Aus meiner Sicht ist dieser empathische Weg der Richtige, um wirklich etwas zu erreichen. Diskriminierung ist immer auch systembedingt. Niemand fühlt sich wirklich wohl, wenn er andere runterputzt, es zeigt ja nur seine Schwäche. Insofern wäre es schön, wenn die, die diskriminiert werden, bei allem gerechtfertigten Zorn und jeder klaren Grenze, die gezogen werden muss, dennoch bereit sind, zu verzeihen. So haben wir eine Chance, uns aus den ungunstigen Kreisläufen auch innerlich selbst zu befreien. Wir sollten die Welt hier mehr als einen Spiegel begreifen, bei dem Gewalt Gewalt bewirkt.

Deswegen ist es bei der Alltagsdiskriminierung aus meiner Sicht wichtig, die Angemessenheit seiner negativen Reaktion darauf im Blick zu behalten. Aber es sollte mutig angesprochen werden, um eben diese Umkonditionierung voranzutreiben und zu einer gerechteren Gesellschaft zu kommen. Für beide Seiten ein schwieriger und langwieriger Prozess. Bei Übergriffen und einer ungerechten Behandlung sind selbstverständlich dennoch angemessene Sanktionen anzubringen und zu erklären.

**Sind Sie bereit politische Partizipation, das Recht auf Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, welche in der AEMr (Erklärung der Menschenrechte) im Artikel 21 Absatz**

**1 verankert sind, für Wahlen und Abstimmungen und das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern zu stärken und wie sieht das im Detail aus? (das betrifft u.a. die Arbeit mit uns als Beirat und dessen Stellenwert).**

**Frage 10:**

Mir ist es wichtig, dass alle Menschen einen gleich guten Zugang zu öffentlichen Ämtern und zum gesamten öffentlichen Leben haben. Durch die im Alltag leider vorhandene Diskriminierung (siehe oben) ist dies leider nicht automatisch gewährleistet. Bei gleicher Qualifikation ist deswegen ein Mensch mit Beeinträchtigung einem ohne Beeinträchtigung vorzuziehen. Dies würde ich auch konsequent anwenden und läge auch in meinem Verantwortungsbereich. Wie Parteien ihre Listen zusammenstellen, läge nicht in meinem Verantwortungsbereich. Hier würde ich eine Empfehlung aussprechen, Menschen mit Behinderung möglichst ausgewogen mit zu berücksichtigen. Wie sich Ihre Arbeit als Beirat derzeit mit der Arbeit des Oberbürgermeisters vom Stellenwert her darstellt, kann ich leider nicht beurteilen. Sollte ich die Wahl gewinnen, würde ich mich diesbezüglich gerne mit Ihnen ins Einvernehmen setzen. Von zum Beispiel Entscheidungsbefugnissen über die des Stadtrates hinaus, wäre ich allerdings nicht zu überzeugen. Dies gibt aus meiner Sicht die Gemeindeordnung auch nicht her. Aber vielleicht habe ich die Frage hier auch falsch verstanden? Behinderung ist keine (defizitäre) Eigenschaft einer Person, sondern eine Form von gesellschaftlicher Ausschließung.

**Wie sehen Sie Ihre politische Verantwortung und Ihr wirken im Hinblick auf Haushalt und steigender Inflation dieser Ausschließung entgegen zu wirken in Kindergärten, Schulen, ÖPNV, Zugängen zu öffentlichen Ämtern und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge?**

**Frage 11:**

Ich werde versuchen, gegen gesellschaftliche Ausschließung vorzugehen, und mich für eine gute Teilhabe in allen Bereichen einzusetzen. Ziel muss sein, dass Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft siegen.

**Wie stehen Sie zur Inklusion in KiTas und Schulen? Die UN-BRK sieht vor, dass Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen inkludiert werden und sie und ihre Eltern die freie Wahl haben in welche Einrichtung sie gehen können. Dies hieße auch, dass jede Schule und KiTa zur inklusiven Einrichtung wird und integrative Einrichtungen und Förderschulen perspektivisch nicht mehr benötigt werden. Viele Menschen mit Behinderungen sind in Folge dessen auch von Armut betroffen. Welche konkreten Hilfen können Sie als Stadtoberhaupt diesen Menschen anbieten?**

**Frage 12:**

Ein gutes Bildungssystem ist essenziell für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlage, den eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. Deshalb brauchen wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen junge Menschen solange wie möglich gemeinsam lernen können.

Der Sozialdezernentin würde ich nahe legen, von Armut betroffenen Menschen Qualifizierungen anzubieten. Zudem würde ich mich bemühen, Stellen zu schaffen, die für die vorhandenen Qualifizierungen geeignet sind. Zudem würde ich mich beim Sozialreferat dafür verwenden, inklusive Betrieb zu stärken. Auch in Betrieben, die vielleicht noch keine Menschen mit Behinderung beschäftigen. Gerade jetzt, wo Fachkräfte gebraucht werden, ist das ein wichtiger Ansatz.

So kann es gelingen, mehr Menschen aus der Armut zu helfen, ob sie nun durch eine Behinderung oder zum Beispiel durch eine soziale Benachteiligung in diese Situation geraten sind.

**Welche persönlichen Berührungspunkte haben Sie zu dem Thema Inklusion? Gibt es in ihrem persönlichen Umfeld Personen die eine körperliche, psychische, seelische oder kognitive Beeinträchtigung / Behinderung haben?**

**Frage 13:**

Das werde ich unbeantwortet lassen. Die Frage nach meinem persönlichen Umfeld ist mir zu privat und gibt aus meiner Sicht keinen Aufschluss darüber, was ich als Stadtoberhaupt zum Voranbringen der Inklusion in Kaiserslautern tun würde. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich diese Frage unbeantwortet lasse.

**Was würden Sie von einer Oberbürgermeisterin / einem Oberbürgermeister erwarten, wenn Sie selbst eine Behinderung hätten?**

**Frage 14:**

Ich würde von einer Oberbürgermeisterin oder einem Oberbürgermeister erwarten, dass sie oder er erkennt, dass Inklusion ein Menschenrecht ist und, dass sie oder er auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung die Inklusion und Partizipation vorantreibt.

**Wie würden Sie mit dem Inklusionsbeirat zusammenarbeiten, wenn Sie die Wahl gewinnen sollten?**

**Frage 15:**

Ich könnte mir regelmäßige Treffen bzw. Austausch mit Vertretern des Beirats vorstellen, um auch Dinge auf dem kurzen Dienstweg zu erledigen. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, aber der Bund will sich immer wieder aus der Verantwortung schmuggeln und den Ländern und Kommunen die Verantwortung übertragen. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich mit anderen Inklusionsbeiräten aus anderen Kommunen auszutauschen, um gemeinsam die kritischen Punkte im Bundesteilhabegesetz zu ändern. Denn das Gesetz ist in meinen Augen in Teilen ein Gesetz, das gegen die Betroffenen geht. Hier sollten Reformen stattfinden, die Betroffenen sollten in eine Gestaltung mehr mit eingebunden werden. Zudem würde ich mir erhoffen, gemeinsam eine bessere finanzielle Ausgestaltung durch Land und Bund für die Umsetzung der Maßnahmen gemäß des Konnexitätsprinzips zu erreichen.